



# Mildbader Tagblatt

Enztalbote Wildbader Zeitung  
Amtsblatt und Anzeiger für Wildbad  
und das obere Enztal

Erscheint täglich, ausgenommen Sonn- und Feiertage. Bezugspreis monatlich 1,40 RM, frei ins Haus geliefert; durch die Post bezogen im In- und Auslande monatlich 1,76 RM. Einzelnummer 10 Pf. — Druckort: Wildbad, bei der Oberamtsdruckerei Rheinl. Kreis Wildbad. — Postamt: Wildbad. — Postfach: Wildbad. — Postfachnummer 201 74 Stuttgart. — Verteilung: Enztalbote Walter & Co., Wildbad; Vorheimer Druckerei Wildbad. — Postfachnummer 201 74 Stuttgart. — Anzeigenpreis: Die einseitige Anzeige oder deren Raum im Blatt Grundpreis 15 Pf., außerhalb 20 Pf. — Restbetrag 50 Pf. Rabatt nach Tarif. Für Offerten und bei Anzeigenverteilung werden jeweils 10 Pf. mehr berechnet. — Schluß der Anzeigenannahme täglich 9 Uhr vormittags. — In Anzeigenstellen oder wenn gerichtliche Beilegung notwendig wird, fällt jede Nachbesserung weg. — Druck, Verlag und Schriftleitung: Theodor Graf, Wildbad i. Schw., Wilhelmstraße 24, Telefon 479. — Wohnung: Haus Bollmer.

## Die Vorgänge in Hessen

Darmstadt, 27. Nov. Die Aufregung, die durch die ersten Berliner Berichte über das Hochverratsunternehmen nationalsozialistischer Führer entstanden war, hat bereits einer ruhigeren Auffassung Platz gemacht, namentlich seit durch die Erklärung des Reichsanwalts bekannt geworden war, daß auch die Reichsanwaltschaft eine gedämpftere Auffassung von der Wichtigkeit der Darmstädter Kunde hat, als das preussische Innenministerium. Die Gauleitung der NSDAP in Hessen erklärt, die betreffenden Mitglieder hätten von sich aus eine Art Abwehrprogramm für den Fall einer bolschewistischen Machtübernahme aufstellen wollen, aber keinen geschwägigen Umsturz beabsichtigt. Hitler haben den gesetzlichen Kurs der Bewegung beschworen und daran habe sich die Partei zu halten. Wer durch Unverständnis oder als Spindel den Führer meinelidig machen wolle, müsse rücksichtslos diszipliniert werden.

### Erklärung Görings

T.U. Reichstagsabgeordneter Hauptmann a. D. Göring teilt mit: Weder der Gau-, noch der Reichsleitung sei das durch Dr. Schäfer dem preussischen Innenministerium zugelegene Schriftstück bekannt gewesen. Schäfer aus Offenbach sei vor wenigen Wochen von der Sozialdemokratie zu den Nationalsozialisten übergetreten, anscheinend in der Absicht, hier Material zu fabrizieren. Es sei festgestellt, daß die ganze Sache vom preussischen Ministerium des Innern ausgeht und daß die Polizei krampfhaft bemüht sei, hier die ganze Partei von 800 000 Mitgliedern festzuhalten. Die Partei werde in der Lage sein, zu beweisen, daß es sich um eine marxistische Spindelarbeit handle.

### Dr. Bests Erklärung

T.U. Dr. Best erklärt in der Gouppressstelle der NSDAP: Er sei der Verfasser des Entwurfs, der in dem vom Minister Severing der Presse übergebenen „Material“ teils richtig, teils geändert wiedergegeben sei. Als um den 1. August d. J. allgemein ein kommunistischer Aufstand erwartet wurde und von den Dienststellen der NSDAP keine Befehle für diesen Fall gegeben wurden, habe er (Best) sich entschlossen, ohne Auftrag und ohne Zustimmung mit den Amtsverwaltern der Partei die Richtlinien auszuarbeiten. Wenn die gesetzlichen Vertreter des Staats durch den gestellten Hochverrat der SPD. beiseite gelassen worden wären, hätte nach meiner Auffassung die nationale Bewegung, an ihrer Spitze die NSDAP, die Pflicht gehabt, mit den von ihr zusammengerafften Kräften aus eigenem Recht bei dem Vulk die Ernährung der Bevölkerung sicherzustellen.

Den Entwurf der Richtlinien habe er einigen Mitarbeitern, darunter dem jetzigen Denanzianten Schäfer-Offenbach, zur Rückübernahme über die rechtlichen und wirtschaftlichen Möglichkeiten der Vorschläge übergeben. In diesem Stadium blieb die Angelegenheit auf sich beruhen, da die politische Entwicklung seit dem 1. August d. J. ihre weitere Erörterung überflüssig machte. Keine Dienststelle der NSDAP, besonders auch weder der damalige Gauleiter Gemeinder, noch die Reichsleitung, habe von seinem Entwurf mittelbar oder unmittelbar Kenntnis erhalten. Die Richtlinien seien auch nicht in einer „heimlichen Sitzung“ auf dem Vorheimer Hof beschlossen worden. Der jetzige Denanziant Schäfer habe als der damalige Leiter des Gauwirtschaftsbeirats der Nationalsozialistischen Arbeiterpartei, Gau Hessen, den Entwurf mit ihm (Best) öfter durchgesehen, ohne den bedingten und deshalb durchaus lokalen Charakter der angeregten Erörterungen zu bemerken. Wenn Schäfer jetzt eine andere Darstellung der Vorgänge gebe, so wolle er sich durch die beantragte Demunziation dafür rächen, daß Best im Auftrag des Gauleiters Penz, M. d. N., die Ermittlungen durchführte, die kurz vor der Landtagswahl ergaben, daß Schäfer durch Verschweigen seiner Bestrafung wegen Medaillenschändung usw. und durch falsche Angaben über seine Laufbahn und seine berufliche Stellung seine Kandidatur für den hessischen Landtag bei der Nationalsozialistischen Arbeiterpartei erschwindelt hatte. Schäfer sei übrigens vor seiner im Frühjahr d. J. erfolgten Verurteilung durch psychiatrische Untersuchungen als schwerer Dysthoph und als stark vermindert zurechnungsfähig festgestellt worden. Die Öffentlichkeit dürfe nunmehr in der Lage sein, sich über die Bedeutung des von dem preussischen Minister des Innern veröffentlichten „Materials“ ein abschließendes Urteil zu bilden.

## Schiele über Ernährungsfragen

Berlin, 27. Nov. In einer Rede im Haushaltsausschuß des Reichstags wies Reichsernährungsminister Schiele darauf hin, welche Rolle im Rahmen der Ernährung heute die einzelnen Erzeugnisse spielen. Etwa 28 Prozent der Ernährungsausgaben entfallen auf Fleisch und tierische Fette, 15 bis 20 Prozent auf Brot und sonstige Backwaren, 14 Prozent auf Milch und Molkeerzeugnisse und 3,5 bis 4 Prozent auf Kartoffeln. Eine Verbilligung der Kartoffeln sei bisher schon dadurch erreicht worden, daß z. B. in Berlin auf

## Tagespiegel

Der Kesttenrat hat die von den Kommunisten beantragte Einberufung des Reichstags abgelehnt. Für den Antrag stimmten Kommunisten und Deutschnationale, Volkspartei und Wirtschaftspartei einhellig für die Stimme. Die Nationalsozialisten waren nicht anwesend.

Der preussische Landtag hat den Abg. Wittmoos (Soz.) mit 250 von 359 abgegebenen Stimmen zum Präsidenten gewählt. Leinert hat verzichtet.

Im Auftrag Hitlers hat Reichstagsabgeordneter Göring dem Reichsinnenminister Gröner die Erklärung abgegeben, Partei und Leitung der NSDAP. haben mit dem Darmstädter Schriftstück nicht das geringste zu tun.

Der Außenhandelsausschuß des Deutschen Industrie- und Handelsstags forderte in seiner Sitzung in Berlin Gegenwehr der deutschen Handelspolitik gegen Abwertungsmassnahmen des Auslands. Die Massnahmen auf dem Gebiet der Devisenpolitik seien nicht geeignet, in der gegenwärtigen Krise Abhilfe zu bringen.

In Kieselbach bei Eisenach wurden bei Kommunisten Waffen und verbotene Schriften beschlagnahmt und drei Verhaftungen vorgenommen.

In ganz Bulgarien war am 27. November, dem 12. Jahrestag des Friedensvertrags von Neuilly, Trauertag. Im Land wurden überall Protestversammlungen gegen den Vertrag abgehalten.

Der australische Flieger Hinkler, der am 25. November nachts von Port Natal in Brasilien abgeflogen war, ist am Freitag nachmittag in St. Louis (Französisch-Westafrika) eingetroffen. Er hat damit als erster den südlichen Atlantik ohne Zwischenlandung in dieser Richtung überflogen.

Grund einer Abmachung zwischen dem Groß- und Kleinhandel die Minderbemittelten, Erwerbslosen usw., die sich bei den Kleinhandlern in eine Liste eingetragen haben, Kartoffeln zu einem um 85-90 Pfennig je Zentner verbilligten Satz erhalten. Dieses Beispiel Berlins habe auch in anderen Städten Nachahmung gefunden. Beim Brotpreis sei, von dem Beispiel Berlins ausgehend, in fast allen Großstädten eine Preislenkung für die Erwerbslosen eingetreten. Diese verbilligten Preise liegen in Berlin 3,2 Pf. je Kilogramm unter dem gewöhnlichen Verkaufspreis, in Leipzig 4 Pf., in Dresden 4-4 1/2 Pf., in Nürnberg 2-6 Pf., in Bremen 5 Pf. usw. Die Reichsregierung sei bestrebt, eine Kürzung der Spanne im Brotpreis allgemein herbeizuführen, doch könne im Augenblick, wo die Dinge noch im Fluß seien, nicht näher darauf eingegangen werden.

## Beleidigende Rede Lavals gegen Deutschland

Paris, 27. Nov. Ministerpräsident Laval hielt gestern in der Kammer die angekündigte außenpolitische Rede. Zunächst gab er einen Ueberblick über seine Reisen. Auf der Londoner Konferenz habe Frankreich allein eine Anregung gegeben, wie Deutschland Hilfe geleistet werden könne und dafür Bedingungen gestellt. Diese seien abgelehnt worden. Der von ihm (Laval) in Berlin angeregte deutsch-französische Austausch werde sicherlich große Dienste leisten. Seine Reise nach Washington sei die schönste und ertragreichste Propaganda für Frankreich. In Amerika kenne man jetzt die Opfer, zu denen Frankreich unter Herabsetzung seiner Rüstungen sich bereit gefunden habe. Man wisse dort, wie reiflich friedlich Frankreich gesonnen sei, Frankreich sei nunmehr gesichert gegen jeden Vorstoß von der Art der Hoover'schen Moratoriumserklärung im Juni d. J. Hoover habe im übrigen den Rechten des amerikanischen Kongresses ebensowenig vorgegriffen, wie er (Laval) dem Willen des französischen Parlaments. Ueber die Kriegsschulden und Reparationen habe er Hoover gegenüber in der deutlichsten Art die Haltung Frankreichs zum Ausdruck gebracht und den geistigen Charakter der Reparation aufrechterhalten. Frankreich habe als Gläubiger des Deutschen Reichs ein Recht, sich über die von Deutschland betriebene Verschwendung aufzuregen, und er könne sich hierin auf das Zeugnis Brünings berufen. Es sei die Gewohnheit Deutschlands, sich zu modernisieren, zu rationalisieren, sich zu verschönern und nach all den verschwenderischen Ausgaben dafür sich als zahlungsunfähig zu erklären. (Stürmischer Beifall.) Ein solch schweres Vergehen in der Erfüllung der Reparationsverbindungen, die in Deutschland gerade auch unter dessen Volksvertretern durch zu viel Leute unterstützt werden.

Das harmonische Gleichgewicht Frankreichs, die Arbeitslosigkeit und der Sparstimm der Franzosen seien kein Grund, die Mittel Frankreichs zu verschleudern oder gar Frankreich zu der verschwenderischen, gewissermaßen von der Vorsehung gewollten Freigebigkeit zu veranlassen, die gewisse Länder von ihm erwarten. (Lebhafte Beifall im ganzen Haus.) Das von so vielen Seiten geforderte Vertrauen könne nicht

zurückgehen, wenn es nicht die Einhaltung des gegebenen Wortes und die Achtung vor den Vertragsunterschriften zur Grundlage habe. Frankreich werde sich nicht weigern, in den Verhandlungen des Sonderausschusses der V.V. die Einzelheiten einer neuen Vereinbarung mit Deutschland zu prüfen, aber wir werden uns mit keiner andern Vereinbarung einverstanden erklären als einer solchen, die ausschließlich für den Zeitraum des wirtschaftlichen Niedergangs gilt. Wir wollen Opfer bringen, aber wir werden eine Herabsetzung unserer Schuldforderungen nur in dem Umfang annehmen, als uns in völlig gleichem Maß Herabsetzungen von anderer Seite (England und Amerika) gewährt werden. Wir werden den Privatschulden keinerlei Vorrang vor unseren Reparationsforderungen zugestehen. Wenn nach dieser Krise Deutschland wieder zahlungsfähig werden sollte, so würde das auch in unserem Interesse liegen, damit wir das uns Zustehende bekommen.

Frankreich, dessen Ansehen unvergleichlich ist, kann die Rolle spielen, die es auf Grund seiner Vergangenheit verdient. Es hegt keinerlei Vorherrschtspläne, es hat nur ein Ideal: Frankreichs alte Zivilisation zu verteidigen und der Sache der europäischen Ordnung zu dienen, die in Gefahr ist, durch die sozialen Katastrophen weggeschwemmt zu werden.

Laval stieg unter brausendem Beifall von der Rednertribüne herab. Die Minister beglückwünschten ihn. Der Hinweis auf die noch nicht vollzogene Genehmigung des Hoover'schen Zahlungsausschubs durch den amerikanischen Kongress ist ziemlich dunkel. Wollte Laval sagen, daß bei einer Nichtgenehmigung plötzlich wieder alles, was mit dem Schuldensauschub zusammenhing, von französischer Seite als ungültig erklärt werde?

Zu der gestrigen Rede Lavals schreibt „Echo de Paris“: Laval ist der wahre Außenminister, Briand nimmt nur noch den Rang eines Unterstaatssekretärs ein, der sich auf Völkerbundsangelegenheiten spezialisiert hat. Wir gewinnen bei diesem Wechsel in jeder Hinsicht, namentlich, was die Substanz der Reden anlangt. Man darf den Ministerpräsidenten von 1931 nicht für die vorhergegangenen Fehler verantwortlich machen. Laval bemüht sich, zu retten, was noch zu retten ist.

## Diétrich zur Winterhilfe

Berlin, 27. Nov. Im Haushaltsausschuß des Reichstags sprach Reichsfinanzminister Diétrich den Wunsch aus, daß der Ausschuh jetzt keine weitere Belastung der Reichsfinanzen für die Winterhilfe beschliehe. Einige Kohlenrezepte haben sich bereit erklärt, Kohle umsonst zur Verfügung zu stellen, andere zu verbilligten Preisen. Besonders ins Gewicht fallen die Frachten. Während die Braunkohle, die in der Nähe von Berlin gewonnen werde, für den Transport nach Berlin keine sehr große Frachtverursache, betragen die Frachtkosten für Ruhrkohle nach Berlin 14 Mark für die Tonne. Die Ruhrkohlenindustrie habe eine Million Tonnen zu 10 Mark je Tonne zur Verfügung gestellt, so daß der Zentner 50 Pf. kosten würde. Wenn man davon ausgehe, daß eine Familie 10 Zentner bekomme, würde diese Million Tonnen für 2 Millionen Familien ausreichen. Dazu trete dann die Hilfe der anderen Reviere, so daß über 2 Millionen Tonnen verbilligt an Erwerbslose usw. abgegeben werden können. Das Reich sei bereit, noch 12 Millionen RM. bereitzustellen, um die freiwillige Hilfeleistung der Kohlenyndikate zu verstärken. Auf diese Weise werde es möglich sein, die 2 Millionen Tonnen noch einmal um 6 Mark je Tonne zu verbilligen. Eine weitere Reichshilfe zur Verbilligung der Lebensmittel für die Arbeitslosen könne nur beim Fleisch in Frage kommen. Für Rindvieh werde zurzeit ein Preis erzielt, der weit unter dem Vorkriegsdurchschnitt liege. Die Lage der viehproduzierenden Landwirtschaft sei katastrophal geworden. Die Reichsregierung sei bereit, für die Verbilligung des Fleisches 10 Millionen Mark aufzuwenden aus Mitteln, die noch beim Reichsernährungsministerium zur Verfügung stehen. Dazu sollen vom Reich noch 5 Millionen gegeben werden, so daß die Versorgung der minderbemittelten Bevölkerung mit billigem Fleisch für die Dauer von 3 Monaten sichergestellt sei.

## Die Lage der Sozialversicherung

Berlin, 27. Nov. Der Sozialpolitische Ausschuh des Reichstags beschäftigte sich gestern mit der Lage der Sozialversicherung. Ministerialdirektor Dr. Grieser vom Reichsarbeitsministerium schilderte die derzeitige Lage der deutschen Sozialversicherung. Er führte u. a. aus: In der Invalidenversicherung laufen zur Zeit etwa 3 Millionen Mark Renteneinbehalten, nämlich rund 2,3 Millionen Mark Invalidenrenten, 670 000 Mark Witwenrenten und etwa 810 000 Mark Waisenrenten. Die Invalidenrente

...ung, die im Jahr 1930 noch einen Ueberschuß von rund 58 Millionen Mark gehabt hat, läßt infolge der Steigerung der Leistungen und des starken Rückgangs der Beitragseinnahmen für das Jahr 1931 210 Millionen Mark und für 1932 265 Millionen Mark Fehlbeträge erwarten. Sie aus dem Vermögen der Invalidenversicherung gedeckt werden müssen. Das Vermögen wird im Jahr 1931 von etwa 1637 Millionen Mark auf etwa 1430 Millionen Mark sinken. Die Landesversicherungsanstalten müssen jetzt etwa 18 Millionen Mark monatlich zuschießen, 1932 werden es etwa 22 Millionen Mark monatlich sein. Die kritische Lage der Invalidenversicherung beruht im wesentlichen auf Nichterfüllung der Erwartungen, von denen der Gesetzgeber bei der Bemessung der Leistungen in den letzten Jahren ausgegangen war.

In der Unfallversicherung laufen zur Zeit etwa 800 000 Verletzten- und 200 000 Wk. Hinterbliebenenrenten. Die Unfallversicherung hat 1929 insgesamt 410 Mill. Mk. ausgegeben. In der Krankenversicherung sind vom Jahr 1924 bis 1929 Einnahmen und Ausgaben ständig gemacht. Sie hoben sich von 1924 bis 1924 etwa verdoppelt. Seit 1930 gingen Einnahmen und Ausgaben stark zurück. Ueber eine weitere Senkung der Arzneikosten und der Pflegegelder für Krankenhäuser wird verhandelt werden müssen.

In der Angestelltenversicherung hat der Beitragsrückgang erst 1931 stark eingeleitet. Die Angestelltenversicherung hat aber doch noch erhebliche Ueberschüsse. In der knappschaftlichen Pensionsversicherung wird der Ausgleich zwischen Einnahmen und Ausgaben erneut durch den starken Rückgang der Belegschaften bedroht. Die Mitgliederzahl der Arbeiterpensionskasse ist von 1925 bis 1931 von 722 000 auf 484 000 gesunken, die Mitgliederzahl der Angestelltenpensionskasse in derselben Zeit von 50 000 auf 42 000. Die Hauptaufgabe der nächsten Zeit sei, zu verhindern, daß das Vermögen der Invalidenversicherung, das heißt der in der Versicherung aufgespeicherte Lohnanteil der deutschen Arbeitnehmer, bei einem ungünstigen Kursstand verschleudert werden müsse. Eine Beitragserhöhung in der Invalidenversicherung sei jetzt nicht möglich.

Die Beseitigung organisatorischer Mängel der Sozialversicherung werde Gegenstand eines Gesetzentwurfs sein, der den gesetzgebenden Körperschaften zugehen werde.

Der Ausschuß nahm eine Entschließung an, welche die Reichsregierung um Maßnahmen ersucht, um den notleidenden Landesversicherungsanstalten die erforderliche Flüssigmachung von vorhandenen Vermögensbeständen zu ermöglichen.

## Neue Nachrichten

### Reichskurortgesetz

Berlin, 27. Nov. Reichsverkehrsminister Treviranus ist an den Reichsminister des Innern, Gröner, mit dem Antrag herangetreten, ein Reichskurortgesetz zum Gegenstand einer Ressortbesprechung zu machen. Durch die Schaffung einer einheitlichen Grundlage für die rechtmäßige Führung der Bezeichnung „Kurort“ soll der Fortentwicklung der deutschen Bäder die staatlich notwendige Hilfe gegeben werden. Ein Ort mit der Bezeichnung „Kurort“ soll den Kur- und Erholungsbedürftigen alles gewähren, was von einem Ort unter dieser Bezeichnung erwartet werden kann. Geeignete Unterlagen sind den Reichsbehörden vom Allgemeinen Deutschen Bäderverband übergeben worden.

### Vollstreckungsschutz für die westdeutsche Landwirtschaft?

Berlin, 27. Nov. Die Reichsregierung beabsichtigt, durch eine neue Notverordnung den Schutz gegen Zwangsversteigerung, wie er in der Offhilfe vorgesehen ist, auch für die westdeutsche Landwirtschaft einzuführen. — Und die ländliche Landwirtschaft?

### Mißtrauensklärung gegen Reibnitz

Neu-Strelitz, 27. Nov. Im Landtag von Mecklenburg-Strelitz erklärte Minister v. Reibnitz (Soz.), die Finanzlage sei so schlecht geworden, daß es zweifelhaft sei, ob die Beamtengehälter ausbezahlt werden können. Er wiederholte daher seinen Antrag, das Land solle seine Selbstständigkeit aufgeben und sich an Preußen anschließen. Der Landtag nahm mit Mehrheit einen Mißtrauensantrag gegen die Regierung an, für den auch die bürgerliche Mehrheit stimmte. Wegen eines Krankenhausneubaus war es zu Gegensätzen in der Regierungsbildung gekommen. Die Entscheidung über die Regierung der Großen Koalition wird der Landtag in der nächsten Sitzung treffen.

### Grenzoerlehung französischer Flieger

Trier, 27. Nov. Zwei französische Militärflieger überflogen die deutsch-französische Grenze bei Bess. Ihr Erkennungszeichen an den Tragflächen waren deutlich zu sehen. Nachdem sie eine Strecke der Eisenbahnlinie nach Trier gefolgt waren, nahmen sie Richtung auf Frankreich.

### Die Sparmassnahmen in Hessen

Darmstadt, 27. Nov. Die hessischen Sparmassnahmen werden weiter fortgesetzt. Wie die Blätter mitteilen, wird vom 1. Dezember an das Ministerium für Arbeit und Wirtschaft aufgelöst. Die einzelnen Abteilungen des Ministeriums werden den anderen Ministerien angegliedert. Außerdem wurden von der geschäftsführenden Regierung in den letzten Tagen noch drei Kreisratsstellen eingespart.

### Freilassung der antisozialistischen Flieger

Konstanz, 27. Nov. Die Angelegenheit der drei antisozialistischen Flieger hat nun ihre Erledigung gefunden. Die drei Piloten wurden heute freigelassen, nachdem Baffanese wegen Pöbelvergehens zu 250 Reichsmark und Rosselli wegen verbotenen Waffentragens zu 100 Reichsmark Geldstrafe verurteilt worden waren. Gegen Tarchini war keine Anklage erhoben worden.

### Unstimmigkeiten im Völkerbundsrat

Paris, 27. Nov. Vor der Abfassung der Entschließung des Völkerbundsrats zum mandatschurischen Streit gab es, wie jetzt bekannt wird, ein „Ereignis“. Die Vertreter von Norwegen, Spanien, Polen und Südsibirien gaben ihrer Unzufriedenheit Ausdruck und erklärten, daß sie nicht weiter mitwirken würden, wenn der Völkerbundsrat

seiner Entschließung eine Form geben würde, die die Unbefriedigten bloßstellen würde. Durch ein ungerechtes Vorgehen gegen den Schwächeren würden sie sich selbst bedroht sehen.

### Zaleski geht nach London

Warschau, 27. Nov. Außenminister Zaleski, der zurzeit an den Beratungen des Völkerbundsrats teilnimmt, ist nach Warschau zurückgerufen worden. Er soll nach der amtlichen „Gazeta Polska“ am 9. Dezember mit besonderem Auftrag nach London reisen, um sich mit der englischen Regierung über die Fragen der Sicherheit und Abrüstung bzw. Rüstungsfragen zu besprechen.

### Unruhen in Tientsin?

Tokio, 27. Nov. Nach einer japanischen Meldung soll es gestern abend in Tientsin wieder zu Unruhen gekommen sein. Die Chinesen hätten plötzlich Gewehr-, Maschinengewehr- und Artilleriefeuer auf die japanische Niederlassung eröffnet. Die Japaner hätten erst geantwortet, als eine Aufforderung, das Feuer einzustellen, unbeachtet geblieben sei. Das Kabinett hat heute früh über die Forderung der japanischen Militärbehörden auf Verstärkung der japanischen Garnison in Tientsin beraten.

### Englische Beobachter in der Mandschurei

Paris, 27. Nov. Das Völkerbundsekretariat gibt verschiedene bei der englischen Regierung eingegangene Berichte ihrer amtlichen Beobachter in der Mandschurei bekannt. Darin wird u. a. erklärt, daß bei der Einnahme von Tschintar vier Japaner getötet und 108 verletzt worden seien, während die Zahl der Opfer auf chinesischer Seite 600 betrage (Tote, Verwundete oder Erfrorene). In der Gegend von Tschintschau seien 23 000 Chinesen zusammengezogen.

### Konflikt zwischen Zivil- und Militärbehörden in Japan?

#### Weitere Truppenentsendungen nach China

Das japanische Außenministerium soll erklärt haben, die Japaner beabsichtigen nicht, Tschintschau anzugreifen. Sollte trotzdem ein Angriff erfolgen, so würde der Rücktritt der Regierung unvermeidlich sein, da es in diesem Fall offenbar sein würde, daß die Truppen nicht mehr in der Hand der Regierung seien.

Das chinesische Hauptquartier Tschangshueiangs meldet, eine in zwei Militärsätzen angedeutete japanische Abteilung habe nach einem Befehl mit chinesischen Truppen den Bahnhof Tschanjanho besetzt.

### Blutbad in Lindewiese

Prag, 27. Nov. In dem Kurort Lindewiese bei Freiwaldau in Schlesien (d. h. in dem von der Tschechoslowakei besetzten holländischen Ländchen) war es am Mittwoch aus Anlaß einer Versammlung arbeitsloser Steinbrucharbeiter meist deutscher Nationalität zu einem Zusammenstoß mit einem großen Aufgebot tschechischer Gendarmen gekommen, die in rücksichtslosster Weise die Versammlung auseinandertrieb. Als die Arbeiter sich weigerten, gab die Gendarmerie einige Gewehrsalven ab, wodurch neun Arbeiter getötet und 15 schwer verletzt wurden. Auch einige Gendarmen sollen durch Stöße verletzt worden sein. Im tschechoslowakischen Parlament wurde der Innenminister Sial von den deutschen Abgeordneten wegen des Blutbads zur Rede gestellt. Er erklärte, 1000 Kommunisten hätten die verbotene Versammlung veranstaltet und die Gendarmerie mit einem Steinhagel empfangen und den Offizier niedergeschlagen, worauf Befehl gegeben worden sei, Salven abzugeben. Eine Kommission werde die Angelegenheit an Ort und Stelle untersuchen. Die Parlamentsitzung nahm einen sehr stürmischen Verlauf, daß sie abgebrochen werden mußte.

### Vertrauenserklärung für Cava

Paris, 27. Nov. Die Kammer hat um 3 Uhr früh eine von der Regierung angenommene Tagesordnung der Linksrepublikaner mit 325 gegen 150 Stimmen angenommen.

### Regierungstriebe in Australien

Canberra, 27. Nov. Der Ersterminister des Australischen Bundes, Scullin, dessen Regierung am 25. November im Unterhaus mit fünf Stimmen eine Niederlage erlitten hat, ist zurückgetreten und hat beim Generalgouverneur Isaac die Auflösung des Bundesparlamentes beantragt. — Der Grund der Niederlage ist die schon länger vorhandene Spaltung der Arbeiterpartei, die bei den Wahlen im Oktober 1929 fast zwei Drittel der Sitze im Unterhaus errungen hatten. Der linke Flügel unter Führung des Abg. Lang verlangte eine rein sozialistische Finanzpolitik, die sich aber schon deshalb nicht durchführen ließ, weil Australien als wichtiges Rohstoffland die Weltwirtschaftskrise aufschwertere zu fühlen bekam. Das vermeintliche Aushilfsmittel der hohen Schutzzölle trug im Gegenteil dazu bei, durch die allgemeine Preiserhöhung die Ausfuhr erst recht zu erschweren.

### Außerordentliche Vollmachten für den Gouverneur von Südafrika

Kapstadt, 27. Nov. Der Senat nahm in dritter Lesung eine Vorlage an, die den Gouverneur ermächtigt, alle Fragen, die sich auf den Goldumlauf, sowie auf Bank- und Währungsangelegenheiten beziehen, auf dem Verordnungsweg zu regeln.

## Württemberg

### Fleischverkauf am 3. Weihnachtsfeiertag

Auf Anregung des Fleischergewerbes beschäftigen sich die zuständigen Stellen zur Zeit mit der Frage, ob in diesem Jahr der dritte Weihnachtsfeiertag in einigen Morgenstunden für den Fleischverkauf freigegeben werden soll. Die Tatsache, daß der dritte Feiertag diesmal auf einen Sonntag fällt, bedeutet für die Verbraucherschaft insofern eine Härte, als an drei Tagen keine Einkäufe vor allem von frischen Lebensmitteln gemacht werden können. Es ist möglich, daß die Angelegenheit noch im Reichsrat behandelt wird.

### Stuttgart, 27. November.

Eingaben beim Landtag. In der Zeit vom 22. August bis 9. November 1931 sind beim Landtag 42 Eingaben eingegangen, die durch Verfügung des Präsidenten den zuständigen Ausschüssen überwiesen wurden. Die Gesamtzahl der Eingaben in dieser Landtagsperiode hat sich dadurch auf 1193 erhöht.

Die 26. Hauptversammlung der württ. Landwirtschaftskammer findet am Mittwoch nachmittag im Sitzungssaal des württ. Wirtschaftsministeriums in Stuttgart statt. Auf der Tagesordnung stehen u. a. Referate über den Existenzkampf der landwirtschaftlichen Betriebe, über den Zusammenbruch der Waldwirtschaft, über Erwerbslosenfürsorge, Landwirtschaftsbildung, Bauernbildung, über den freiwilligen Arbeitsdienst, Umschulung von Arbeitskräften, Naturalieferungen zur Befreiung von Steuern. Es sind zwei Sitzungsstege in Aussicht genommen.

Hilfe für die Junglehrer. Einen hochherzigen und in seiner Bedeutung nachahmenswerten Beschluß faßte die Vereinigung württ. Rektoren. Um dem Vorwurf des Doppelverdienens ein Ende zu machen, verpflichtet der Verein ab 1. Januar 1932 seine Mitglieder, die ihnen neben der Stundenermäßigung gesetzlich zuzehende Funktionszulage refflos der Hilfskasse für stellenlose Junglehrer zu überweisen.

Beschlagnahme einer syndikalistischen Zeitung. Von zehntausender Seite wird mitgeteilt: Die Nr. XIII/48 des „Syndikalist“, Organ der Freien Arbeiter-Union Deutschlands (Anarcho-Syndikalisten) vom 28. 11. 31 wurde vom Polizeipräsidenten auf Grund des § 12 Abs. 1 in Verbindung mit § 1 Abs. 1 Ziffer 2 der Verordnung des Reichspräsidenten vom 28. 3. 31 beschlagnahmt und eingezogen.

Seine Zukunft verzweifelt. Als Vorkämpfer der Bahnstation Holzgerlingen unterlag der 44 J. alte, gebildete frühere Bahnmessner von Holzgerlingen Joseph Witzelmann der Verführung, sich an eingehenden Frachtgeldern im Gesamtbetrag von 968 Mark zu vergreifen. Er hatte wohl gehofft, den Betrag wieder abdecken zu können, kam aber nicht mehr dazu und mußte sich jetzt wegen Amtsunterschlagung vor dem Erweiterten Schöffengericht Stuttgart verantworten, wo er zu 1 Jahr Zuchthaus und 300 Mark Geldstrafe verurteilt wurde.

Militärische Spionage. Vom Strafsenat des Oberlandesgerichts wurden die ehemaligen Reichswehrgefreiten Karl Gottlieb von Biebrich a. Rh. und Helmut Schallies von Danzig je wegen eines versuchten Verbrechens des Betrugs militärischer Geheimnisse, sowie wegen weiterer Straftaten zu Gesamtgefängnisstrafen von 2 Jahren 6 Monaten und von 1 Jahr 3 Monaten unter Anrechnung der Untersuchungshaft verurteilt. Sie hatten im Mai d. J. versucht, mit geheimem militärischem Material über die Schweiz nach Frankreich zu gelangen, um sich dem französischen Spionagedienst als Agenten anzubieten. Ein dritter Reichswehrsoldat wurde wegen unterlassener Anzeige des ihm bekannt gewordenen Spionagewerhabens zu sechs Wochen Gefängnis verurteilt, die durch die Untersuchungshaft verbüßt sind. Das Urteil ist rechtskräftig.

Vom Tage. Am Donnerstag mittag fuhr ein Personenkraftwagen, der einem anderen Auto ausweichen wollte, in voller Fahrt in das Schaufenster eines Geschäfts in der Tübinger Straße. Die Schaufensterscheibe wurde völlig zerkümmert. Personen kamen nicht zu Schaden.

Bei der am 24. November in Mülhausen a. N. aus dem Redar gefandenen weiblichen Leiche handelt es sich um eine 57 J. a. Frau aus Feuerbach, die in einem Anfall von Schermer Selbstmord verübt hat.

## Aus dem Lande

Heilbronn, 27. Nov. Aus dem Gemeinderat. Der Gemeinderat beschloß, 25 000 Mark aus Restmitteln der Stadtpflege vom Jahr 1929 zur Gewährung einer einmaligen Winterbeihilfe an 750 Armenunterstützungsempfänger des Fürstbistums und 350 Hauptunterstützungsempfänger des Arbeitsamts, die am 1. 12. 31 in Zuschuhunterstützung des Fürstbistums standen und am Auszahlungstag (Mitte Dezember) noch Unterstützung vom Arbeitsamt beziehen, zu bewilligen. Die Stadtverwaltung gab ihren Arbeitern durch Anschlag bekannt, daß ab 7. Dez. d. J. die wöchentliche Arbeitszeit in den städtischen Betrieben vorübergehend auf 45 Stunden verkürzt werde. Da vorher zwischen der Bauabteilung und dem Gesamtarbeiterrat der städt. Arbeiter keine Einigung hatte erzielt werden können, so erhob der „Gesamtvorstand der Arbeitnehmer der öffentlichen Betriebe“ in der Presse gegen die Stadtverwaltung Vorwürfe, die Stadtdarstellung Rübler zurückwies. Die Aussprache ergab einige neue Gesichtspunkte und so wurde die Angelegenheit der Bauabteilung zur nochmaligen Prüfung zurückgewiesen. — Die Frage der Randfiedlung wird auch für Heilbronn Bedeutung haben. Eine Anregung des städt. Oberbauamts Dr. Senfried zielt darauf ab, von den 6000 Bendelarbeitern Heilbronn die Hälfte wieder auf dem flachen Land anzusiedeln. Stadtrat Beheimrat Bruckmann setzte das Problem der Randfiedlung für Heilbronn in Beziehung zu der geplanten Landesplanung, bei der die drei Zentren Stuttgart, Heilbronn und Ulm mit Rücksicht auf den Redarkanal zusammenarbeiten müßten.

Waiblingen, 27. Nov. Uebernahme des verbesserten Remslaufs. Am Dienstag vormittag fand die Uebernahme des ersten Bauteils der Remskorrektion von der Firma Heilmann und Littmann statt.

Badnang, 27. Nov. Eine Eingabe des Bürgermeisters. Das Bürgermeisteramt hat an das Landesfinanzamt eine Eingabe gerichtet, anläßlich der Aufhebung des Finanzamts Gaidorf die Gemeinden des Rot- und Kochers als dem Finanzamt Badnang zuzuteilen.

Warendieb. Der Posthelfer Bill S. hat auf seinen Dienst- und sonstigen Gängen in der Stadt, namentlich wenn er in den Läden zu tun hatte, die Gelegenheit ausgenützt, allerlei Gegenstände mitzuführen zu lassen und in seinem Zimmer aufzustapeln. Die Polizei hat für etwa 300 Mark Waren beschlagnahmt, unter denen Genussmittel aller Art, Wäsche, Rauchwaren, sowie Werkzeuge, u. a. vier Uhren, enthalten waren. Der Täter wurde in Gewahrsam gebracht.

Brandstiftung. Am Mittwoch abend brach in der Autohalle des Cafébesizers Johann Schnell in Stenbergl Feuer aus. Der Brand konnte, bevor größerer Schaden entstand, gelöscht werden. Bei den angestellten Nachforschungen der Landjäger wurde der Schwiegerohn des Eigentümers, Robert Sulmi, als Täter ermittelt, der nach längerem Leugnen die Tat auch einräumte, worauf er an das Amtsgericht eingeliefert wurde.

**Wissen Sie schon**  
GEHA  
Schwäbische Zwecksparkasse für Gewerbe und Handel G. m. b. H.  
Stuttgart, Kronenstr. 25 / Postfach 211 / Fernspr. 232 41 42